

# Wing

(Zeilung.)

Mer 40, 41, 42, 43.

**Preis der Anzeigen:**

Kolonialzeile 60 J., Abendbl. 75 J.  
 Reklamen .42 —, Abendbl. .42 50,  
 Familienanzeigen .41 —, Platz- u.  
 Daten-Vorschriften ohne Verbind-  
 lichkeit. — Anzeigen nehmen an:  
 Unsere Expeditionen in Frankfurt  
 a. M.: Gr. Eschenheimerstr. 33/37,  
 Schillerstr. 20, Mainz: Schillerpl. 3,  
 Berlin: Mauernstraße 16/18, Dresden: A.  
 Waisenhausstr. 25, München: Per-  
 enstr. 5, Offenbach: Biebererstr. 34,  
 Stuttgart: Poststr. 7, Zürich: Nord-  
 straße 62. Uns übrig. Agentur.  
 u. d. Ammonc.-Exped. Ferner in  
 New York: 20 Broad Street  
 Verlag u. Druck der Frankfurter  
 Societäts-Druckerei G. m. b. H.  
 Postscheckkonto Frankfurt (Main) 4430.

## Neutrale sozialistische Konferenz.

Haag, 2. Aug. (Priv.-Tel., zf.) Auf der Konferenz der neutralen Mitglieder des Internationalen Sozialistischen Bureaus teilte Branting (Schweden) mit, daß in Finnland zum ersten Male eine sozialistische Mehrheit für den finnischen Landtag gewählt worden sei. Wenn auch diese Tatsache ihre Bedeutung habe, so sei es doch nicht zu leugnen, daß die Lage des Landtags äußerst schwierig sei, da Finnland überhaupt keine Rechte mehr habe.

Die internationale neutrale Sozialistenkonferenz erfährt jetzt bereits, wie zu erwarten war, heftige Angriffe von der Entente. Das in Rotterdam erscheinende, sich besonders gehässig gebärdende belgische Blatt „La Belgique“ sagt über die Eröffnungsrede Troelstra:

„Diese bössartige Rede hatte absolut den Stempel des „Made in Germany“, das heißt der Fabrikation im Lande der Boches“, und der Umstand, daß ein Brief Vanderheldes verlesen wurde, veranlaßt dies zu schreiben, daß ihr die Schamröte ins Gesicht gestiegen sei, da Vanderheld seine Zustimmung zur Einberufung der gegenwärtigen Konferenz gegeben habe.

Wie bereits gemeldet, hat sich die Konferenz in eine wirtschaftliche und eine politische Sektion geteilt. Die wirtschaftliche Kommission hat folgende Resolution ausgearbeitet, die auch einstimmig von der Konferenz gutgeheißen wurde:

„In Erwägung, daß von beiden Gruppen der Kriegführenden eine Wirtschaftspolitik geplant wird, die den Zweck hat, nach dem Kriege den wirtschaftlichen Verkehr der anderen Gruppe systematisch zu schädigen, in Erwägung, daß bei derartigen Bestrebungen ein

### wirtschaftlicher Krieg

an die Stelle des Waffenkrieges treten und die Gefahr des Ueberganges des einen in den andern permanent und unabwendbar sein würde, in Erwägung, daß diese Absichten der Sicherung eines dauerhaften Friedens im Wege sein würden und die Förderung und Pflege der internationalen Solidarität der Arbeiterklassen bedeutend erschweren würden, in Erwägung, ferner, daß das Proletariat für seine Zukunft wirtschaftliche Verhältnisse braucht, welche die Entfaltung der Produktivkräfte aller Nationen fördern, statt sie zu hemmen, begrüßt es die Konferenz mit Genugtuung, daß sich die französische Parteileitung solchen Ansichten sofort entgegengestellt hat, und hegt die Hoffnung, daß sich die Sozialisten der anderen kriegführenden Länder in gleich deutlicher Weise aussprechen werden. Die Konferenz ist der Meinung, daß das Proletariat eine derartige Wirtschaftspolitik abzulehnen hat, die den Klassenkampf trübt und erschwert, und daß die Arbeiterklassen von ihren eigenen Grundfäden ausgehend sowohl in ihrem allgemeinen Interesse als auch in dem der ganzen Menschheit bei ihren Regierungen einzutreten hat für eine internationale Handelspolitik des ungehinderten Warenaustausches zwischen den verschiedenen Nationen nebst ihren Kolonien und Protektoraten, für die Freiheit der See und stellt fest, daß diese Politik des vollen Freihandels den Weg bahnt zur Weltproduktion auf sozialistischer Grundlage.

Die Resolution wurde durch den Amsterdamer Schöffen W. H. B. in ausführlicher Weise begründet. W. H. B. bekämpfte namentlich den Raumannschen Gedanken der Bildung eines „Mittleuropas“ und die auf Grund der Raumannschen Ideen weitergeführten Kennerschen Ideen, die in England durch die Propaganda des australischen Ministers Hughes ihr Pendant gefunden hatten.

Die politische Abteilung hat folgende Resolution gefaßt, die ebenfalls einstimmig angenommen wurde:

„Die Konferenz erklärt, daß für den Weltkrieg in erster Instanz das ökonomische und politische System des Kapitalismus verantwortlich ist, auf dessen Boden der Imperialismus und der damit verknüpfte Militarismus sich entwickelt hat. Hieraus folgert die Konferenz die Notwendigkeit für das sozialistische Proletariat, seinen Kampf wider den Kapitalismus und für die Eroberung der politischen Macht mit erhöhter Anstrengung zu führen. Der Kampf gegen den Absolutismus und für die verfassungsmäßige Anerkennung der Souveränität des Volkes in den noch nicht parlamentarisch regierten Ländern ist dazu unerlässlich und wird die Möglichkeit einmütigen internationalen Auftretens des Proletariats aller Länder nur fördern können. Die Konferenz konstatiert, daß der zwei Jahre währende Krieg zwar viel Greuel, ein unsägliches materielles und moralisches Elend, eine zerrüttete Weltwirtschaft und eine zu einer unerträglichen Last für die Zukunft anwachsende Anhäufung der Staatsschulden, aber keine Entscheidung zu Gunsten der einen oder anderen Seite herbeigeführt hat, daß es zweifelhaft ist, ob er eine Entscheidung herbeiführen wird, und daß es nicht wünschenswert ist, daß eine der kämpfenden Mächtegruppen die andere ganz auf die Knie zwingt. Ungeachtet der jetzigen Kriegsskarte erscheint der Angriff auf die Länder, die sich zur Verteidigung haben rüsten müssen, verfehlt, weil jede Verringerung der militärischen Lage nur mit Aufopferung tausender von Menschenleben erreicht werden kann, so drängt sich die Frage auf, ob diese Sachlage nicht einen Ausgangspunkt bietet zu einer baldigen Eröffnung der

### Friedensverhandlungen.

Es erscheint also als die Pflicht der sozialistischen Parteien ernstlich zu erwägen, ob sie es sowohl vor ihrer Nation als vor der Internationalen verantworten können, eine Verständigung aller Sektionen der Internationalen über die Fragen, deren Lösung für die Beendigung des Krieges notwendig ist, länger hinauszuschieben.“

Die Konferenz weist auf die Forderungen des internationalen sozialistischen Kongresses von Kopenhagen (1910) als die Grundlage eines sozialistischen Friedensprogramms hin, welches im großen und ganzen während des Krieges wiederholt von den Parteien der kriegführenden Länder bestätigt wurde. Die Hauptforderungen dieses Programmes sind obligatorische Schiedsgerichte im Rahmen einer internationalen Rechtsordnung, allgemeine Verminderung der Rüstungen, Abschaffung der geheimen Diplomatie, parlamentarische Kontrolle über die auswärtige Politik und Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Die Konferenz fordert die sozialistischen Parteien auf, sich zur Verständigung auf dem Boden dieses Programms bereit zu erklären, damit nicht der historische Moment, für eine Verwirklichung dieses Programms zu wirken, vielleicht verpakt und der Friede von imperialistischen Gruppen dilatiert werde.

Was die nationalen Fragen betrifft, so betrachtet die Konferenz die Wiederherstellung Belgiens als selbständigen Staat als eine selbstverständliche Vorbedingung jeder Unterhandlung über den Frieden, wie sie auch für die Wiederherstellung Serbiens und für ein autonomes Polen eintritt. (Bei der Erklärung wurde hinzugefügt, daß in diesem autonomen Polen die Rechte der Juden, Litauer usw. durchaus gewahrt werden müßten). Sie spricht die Erwartung aus, daß auch die deutsche sozialdemokratische Partei bereit sein werde, über die elsass-lothringische Frage mit der französischen Partei zu verhandeln, und erklärt weiter, daß die Autonomie der Nationen am besten zu verwirklichen sei auf dem Boden einer demokratischen dezentralisierenden Staatsverfassung, welche den Kulturbedürfnissen der Nationen vollständig Rechnung trägt. Troelstra fügte bei seiner Erläuterung hinzu, daß die deutsche Partei anerkennen solle, daß eine elsass-lothringische Frage existiere. Wenn sofort Verhandlungen über diesen Punkt zwischen den Parteien eintreten würden, so sei eine Verständigung sicher. Damit diesen Forderungen in dem künftigen Friedensprogramm genügend Rechnung getragen wird, wird es notwendig sein, daß die Sozialdemokratie in allen Ländern dafür wirkt, daß im Friedenskongress nicht nur die Regierungen, sondern auch die Parlamente und damit auch die sozialistischen Gruppen vertreten sind. Es genügt, daß die Sozialdemokratie bei ihren Regierungen für einen Frieden in ihrem Sinne plädiert, und sie soll ihren Einfluß im Volke ausnützen, um sich direkte Teilnahme an den

30 3